

POINT DE PRESSE VOM 9. JUNI 2009

Paul Rechsteiner, SGB-Präsident

Drittes Konjunkturpaket: Prämienschecks gegen Prämienschock, ausserordentliche Anpassung der AHV-Renten, Verbesserungen bei der Arbeitslosenversicherung und Stabilisierung der Investitionen

Die schweizerische Wirtschaftspolitik steht mit dem Entscheid über ein Massnahmenpaket gegen die Krise vor einer Weichenstellung, die in ihrer Tragweite nicht überschätzt werden kann, und dies in ihren kurzfristigen wie auch in den mittel- und längerfristigen Auswirkungen.

Eigentlich wäre die Ausgangslage klar. Die durch die Zusammenbrüche im Finanzsektor ausgelöste Weltwirtschaftskrise hat Dimensionen, die seit den Dreissiger Jahren des letzten Jahrhunderts nicht mehr da waren. Schritt um Schritt schlägt die Krise auch auf die Schweizer Wirtschaft und auf den Arbeitsmarkt durch. Im Vergleich zum letzten Jahr sind heute bereits 40'000 Menschen zusätzlich arbeitslos. Besonders betroffen sind die Maschinen- und Uhrenindustrie. Rund 150'000 Beschäftigte befinden sich in Kurzarbeit. Die ernst zu nehmenden Prognosen, unter Einschluss jener der Nationalbank und des IWF, sagen uns Arbeitslosenzahlen voraus, die es in der Schweiz überhaupt noch nie gab. Wann, wenn nicht jetzt, ist der Zeitpunkt für ein grosses Konjunkturprogramm gekommen, so wie es die Verfassung verlangt?

Politisch ist die Ausgangslage in Bundesbern vor den massgebenden Entscheiden trotzdem alles andere als klar, um nicht zu sagen verworren. Die politischen Vertreter jener, die uns mit den Missbräuchen im Finanzsektor die Jahrhundertkrise eingebracht haben, angefangen vom Wirtschaftsdachverband Economiesuisse bis hin zur FDP, kämpfen mit grösster Vehemenz gegen konjunkturstützende Massnahmen und für die harte Durchsetzung einer Schuldenbremse, die eigentlich bei starken Rezessionen gerade nicht bremsen sollte.

Der Bundesrat andererseits sendet unkoordinierte und unterschiedliche Signale. Bis jetzt scheint er nicht erkannt zu haben, dass der Staat, d.h. der Bund, die Kantone und die Gemeinden, durch die programmierte krisenverstärkende Einnahmen- und Ausgabenpolitik selber zum grössten Arbeitsplatzvernichter werden. Immer mehr stellt sich deshalb die Frage, ob die Wirtschaftspolitik des Bundesrates den ausserordentlichen Herausforderungen dieser Zeit noch gewachsen ist. Der negative Impuls, der von einer krisenverstärkenden Politik der öffentlichen Hand ausgeht, kann mehr als 50'000 Arbeitsplätze kosten.

Vor kurzem hat Swissmem, der Branchenverband der Maschinenindustrie, auf die kritische Lage der Branche aufmerksam gemacht und die Prüfung besonderer neuer Massnahmen, wie die Einrichtung eines Finanzierungsfonds, verlangt. Die Gewerkschaften unterstützen solche wie auch andere Bemühungen zur Erhaltung der Arbeitsplätze selbstverständlich. Wenn der Swissmem-Präsident sich aber gleichzeitig in seiner Eigenschaft als FDP-Parlamentarier gegen ein drittes Konjunkturpaket

ausspricht, weil dieses der Maschinenindustrie kaum helfe, dann kommt darin eine bornierte und kurzsichtige Haltung zum Ausdruck. Wenn die Schweizer Wirtschaft bisher von den schlimmsten Einschnitten verschont blieb, dann ausschliesslich deshalb, weil die inländische Wirtschaft derzeit noch läuft und von der Kaufkraft gestützt wird. Auch die Maschinenindustrie lebt davon, dass die Wirtschaftspolitik gegen innen und gegen aussen über den Tellerrand hinaus blickt. Die Vorstellung, dass die Konjunkturpakete der anderen Länder die Weltwirtschaft wieder zum Laufen bringen und die Schweiz profitieren könne, ohne selber einen Beitrag zu leisten, ist kurzfristig und dumm.

Ein wirksames Konjunkturprogramm gegen die Krise muss in der Schweiz in erster Linie bei der Kaufkraft der Leute mit unteren und mittleren Einkommen ansetzen. Weil auf kommendes Jahr Prämiensteigerungen bei den Krankenkassen in der Grössenordnung von rund 15% oder drei Milliarden anstehen, müssen zur Stützung der Kaufkraft in erster Linie Massnahmen beschlossen werden, die diesen Schock abfedern. Der SGB fordert deshalb Prämienchecks gegen den Prämienchock, die auf Familien mit Kindern, junge Erwachsene und Leute in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen zugeschnitten sind. In die gleiche Richtung wirkt eine ausserordentliche Erhöhung der AHV-Renten durch die vorzeitige Anpassung an den Mischindex auf das kommende Jahr, die den AHV-Rentnerinnen und -Rentnern einen Zustupf von über 300 Franken bringen würde. Bei der Arbeitslosenversicherung braucht es schliesslich eine Verlängerung der Maximaldauer der Kurzarbeit auf 24 Monate und die Erhöhung der Bezugsdauer von 400 auf 520 Tage. Konjunkturpolitisch völlig verfehlt ist die mit der Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes jetzt vorgesehene Verschlechterung der Bezugsberechtigung.

Gefordert ist aber nicht nur die Stützung der Kaufkraft bei den Leuten mit bescheidenen und mittleren Einkommen. Auch bei den Investitionen muss dafür gesorgt werden, dass diese bedingt durch den Einnahmerückgang bei Bund, Kantonen und Gemeinden nicht zurückgefahren werden. Wenn beispielsweise beim Fonds für die Grossprojekte des öffentlichen Verkehrs (Finöv) der Einnahmerückgang bei der LSVa in der Höhe von rund 150 Millionen Franken nicht ausgeglichen wird, dann führt das dazu, dass beschlossene und baureife Projekte, die im öffentlichen Interesse sind, nicht ausgeführt oder zumindest verzögert werden. Gefragt ist für den Ausgleich niemand anders als der Bund selber. Er muss dafür sorgen, dass seine eigene Einnahmen- und Ausgabenpolitik (und jene der Kantone und Gemeinden) die Krise nicht verstärkt, sondern bekämpft.

Auf allen Ebenen kommt es somit entscheidend auf die Wirtschaftspolitik der öffentlichen Hand und vor allem des Bundes an. Kurzfristig, d.h. bis zum kommenden Jahr, stehen Zehntausende von Arbeitsplätzen auf dem Spiel, die mit einer aktiven Wirtschaftspolitik gerettet werden können und sonst - bei wirtschaftspolitischer Passivität, die automatisch Krisenverstärkung und Arbeitsplatzvernichtung bedeutet - verloren zu gehen drohen. Mittel- und längerfristig sind die Folgen der Entscheide nicht weniger bedeutend. Bleiben sie aus, dann wird nicht nur Know-How, Erfahrung und Wissen in grossem Stil vernichtet, sondern auch ein Produktionspotenzial, auf das die Schweiz längerfristig wieder angewiesen sein wird. Für eine ganze Generation von Jungen ist es entscheidend, dass auch sie eine Chance bekommen, in eine Berufslaufbahn einzusteigen.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund verlangt deshalb von den wirtschaftspolitisch Verantwortlichen des Bundes, sich ihrer Verantwortung bewusst zu werden und sich für die von der Verfassung verlangte aktive Wirtschaftspolitik gegen die Krise zu entscheiden.